



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 13.11.2009

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	8/2009
Datum	Dienstag, dem 10. November 2009
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:15 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Diethöfer
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Harald Hormel
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Robert Knickel
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Francesco Piscitello
Herr Joachim Rechholz
Frau Barbara Reichelt
Herr Horst Roepenack
Herr Johann Sattmann
Herr Tobias Schadeberg
Herr Volker Schadeberg
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Harald Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistrat

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Herr Gerhard Rehbein
Herr Edwin Jessl
Herr Josef Pastor
Herr Manfred Lür
Herr Jürgen Schäfer
Frau Ingrid Cammerzell

Verwaltung

Herr Dieter Opalla
Frau Christel Barth
Herr Holger Entzel
Herr Björn Schutt
Herr Frank Rollmann

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

entschuldigt

Herr Hans-Peter Bach
Frau Christine Empter
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Dana Pastor
Herr Alexander Rabold

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2009
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	DS 302/2009	Antrag SPD-Fraktion: Bahnhof Bruchköbel
6a	DS 303/2009	Antrag BBB-Fraktion: Förderung fairen Handels - Kampagne "Fairtrade-Towns"
7	DS 296/2009	Bildung einer Kommission für Friedhofsangelegenheiten - Wahl der Mitglieder
8	DS 267/2009	Entlastung des Magistrates für die Jahresrechnung 2007
9	DS 119/2009	Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes; Sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen; Vorschläge zur Beantragung der Infrastrukturinvestitionen für die Stadt Bruchköbel;
10	DS 112/2009	Bebauungsplan "Bahnhof Bruchköbel" Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB Entwurfs- und Offenlagebeschluss
11	DS 282/2009	Verkauf von Baugrundstücken "Am Kuhweg", Gemarkung Oberissigheim, 2

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Bürger, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung regt der Stadtverordnete Haas an, die Tagesordnungspunkte 6 und 10 gemeinsam zu verhandeln, dagegen regt sich kein Widerspruch.

Gemeinsam gedenken der Stadtverordnetenvorsteher und alle Anwesenden mit einer Schweigeminute der verstorbenen Kollegen, der Herren Otto Odenwäller und Rolf Gemmecker.

TOP 1		Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2009
-------	--	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2009 haben sich keine Einwände ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf ausliegende Einladungen hin.

TOP 3		Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--	---

Der Bürgermeister berichtet über außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO:

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel hat am 23.09.2009 insgesamt 54 Atemschutzgeräte für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Bruchköbel für den Preis von 48.925,08 € inkl. gesetzlicher MwSt. beschafft. Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe bis zu einer Höhe von 49.500 € wurde bei dem Produkt/Konto 02126000/074500000 (Maschinen für Arbeitssicherheit und Umweltschutz) gem. § 100 Abs. 1 HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch weniger Ausgaben bei dem Produkt Brand- und Katastrophenschutz im Rahmen des Jahresabschlusses 2009.

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel hat am 23.09.2009 ein Mannschaftstransportfahrzeug (MTF) für die Freiwillige Feuerwehr Oberissigheim nach einem Unfall mit wirtschaftlichem Totalschaden zum Preis von 35.000,00 € zugestimmt.

Die Mittel stehen bei Produkt/Konto: 02126000/08100000 (Brand- und Katastrophenschutz, Fuhrpark) zur Verfügung bzw. werden im Haushaltsplan 2010 zur Verfügung gestellt. Vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel nach Genehmigung des Haushaltsplanes 2010, muss vorab der Auftrag bereits 2009 erteilt werden.

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel hat am 30.09.2009 Lieferung und Montage einer neuen Gas-Heizungsanlage als außerplanmäßige Ausgabe bei dem Produkt-Konto 08424000.61610000, (Betrieb von Sportstätten – Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen), bis zur Höhe von 49.850 € gemäß § 100 HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den Produkt-Konten der Bauabteilung im Rahmen des Jahresabschlusses 2009.

Die Fa. Hiller aus Gelnhausen erhält den Auftrag für die in Höhe von 49.850 € brutto.

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel hat am 28.10.2009 zur Errichtung eines Behinderten WC's im Bürgerhaus Bruchköbel die Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei dem Produkt/Konto 15573110/61610000, Bürgerhaus Bruchköbel – Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen, zur Errichtung eines behinderten gerechten WC-Raumes, bis zur Höhe von 43.000 € gemäß § 100 HGO zugestimmt.

Er berichtet weiterhin zum Sachstand bei der Raumfindung für die Nachwuchsbands. Derzeit scheint möglich, dass zwei Bands in Räumlichkeiten des Schützenvereins Falke Niederissigheim unterkommen können. Denkbar sei auch, dass Räumlichkeiten auf dem Hof Wilhelmi zur Verfügung stehen.

Weiter berichtete er über das Haushaltskonsolidierungsprogramm. Dies werde am 23.11. den Fraktionsvorsitzenden vorgestellt.

Der erste Stadtrat berichtet von der geplanten Gehwegverlängerung im östlichen Bereich der K 854 / Gärtnerei Itt. Mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen hätten Gespräche stattgefunden, der Planfeststellungsbeschluss für den Radweg auf der westlichen Straßenseite in Richtung Butterstadt werde noch im Jahr 2009 vorliegen. Die Bürgersteigsverbesserung östlich sei zwar parallel auch möglich, aber durch notwendige Kanalbaumaßnahmen sehr aufwändig. Es müssten mit Kosten von rund 150.000 € gerechnet werden. Diese Kosten seien dann erschließungsbeitragfähig und müssten demnach auch abgerechnet werden.

Zum Radwegekonzept berichtet er, dass mehrere Maßnahmen im Zeitrahmen von drei Jahren durchgeführt werden können. In jedem Jahr stehen hier für 50.000 € zur Verfügung. Der Gesamtbericht sei derzeit im Druck, und werde demnächst zugesendet.

Weiter berichtet er von einem Zuwendungsbescheid hinsichtlich der Gewässerbaumaßnahmen zwischen Oberissigheim und Niederissigheim, insgesamt koste die Maßnahme ca. 1,2 Millionen €, davon seien rund 750.000 € gefördert worden.

TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen
-------	------------------------------

Der Stadtverordnete Wenzel berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 29.9.2009.

Der Stadtverordnete v.Wittich berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.10.2009.

TOP 5	Fragen zu aktuellen Themen
-------	----------------------------

Der Stadtverordnete v.Wittich stellt für die SPD-Fraktion folgende Fragen:

1. Wie hoch beliefen sich die Kosten für die Erneuerung der Brücke an der Geschwister-Scholl-Straße?
2. Gibt es einen Abschlussbericht der AG Radwegekonzept? Wann wird diese den Fraktionen zugestellt? Wie sieht das weitere Vorgehen aus?
3. Statusbericht zur Gründung der Stadt Marketing GmbH
4. Statusbericht zur Gründung eines Seniorenbeirates
5. Was wurde seitens der Verwaltung unternommen um die Schließung der Postfiliale in Oberissigheim zu verhindern?

Zu ersten Anfrage berichtet der erste Stadtrat, dass das Brückenbauwerk insgesamt 1.344.846 € gekostet habe. Davon seien 634.600 € an Zuschüssen geflossen. Somit ergebe sich ein Netto von 710.246 €. In den Haushalten 2006 - 2008 seien insgesamt 720.000 € bereitgestellt gewesen.

Die zweite Anfrage hat sich durch den vorhin gegebenen Bericht erledigt.

Zur dritten Frage erklärt der Bürgermeister, dass die Stadt Marketing GmbH zum 1.1.2010 gegründet sein soll.

Zur vierten Frage erklärt er, dass die ursprünglich angedachte Zeitschiene wegen kurzfristiger Krankheitsfälle in den Reihen der Kandidaten nicht eingehalten werden konnte. Nunmehr sei für

den 17.12.2009 die Wahl geplant, die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirats werde voraussichtlich am 14.1.2001 stattfinden.

Zur fünften Frage erklärt der Bürgermeister, dass die Deutsche Post bis in jüngste Zeit hinein in Oberissigheim im Ladengeschäft der Bäckerei Haas eine so genannte Post-Service-Filiale unterhalten und diese in einen Verkaufspunkt für Brief- und Paketmarken umgewandelt hat. Es handelte sich nie um eine Post-Filiale im Sinne eines eigenen, durch die Post betriebenen Standorts mit vollem Umfang wie z.B. im Inneren Ring. Die Deutsche Post habe auf schriftliche Anfrage mitgeteilt, dass dort gegen eine Weiterführung der Paket-Dienstleistungen im bisherigen Umfang wirtschaftliche Gründe gesprochen hätten. Die Deutsche Post stellte klar, dass ein Weiterverkauf von Paketmarken selbstverständlich weiterhin stattfindet. Einzig die Paketannahme beziehungsweise Abholmöglichkeit werden nicht mehr angeboten. Trotzdem sei der Service der Post weiterhin gegeben, es werde der Mobile-Post-Service zur Paketabholung eingerichtet. Dabei werde die Paketannahme direkt an der Haustür abgewickelt. Diese Umstrukturierung sei eine autonome Entscheidung des Unternehmens Post, die Grundversorgung der Bevölkerung sei nicht in Frage gestellt. In der Folge wurde mit der Deutschen Post nochmals Kontakt aufgenommen und ein persönliches Gespräch mit einem Unternehmensvertreter im Rathaus geführt. Hintergrund waren Pressemeldungen, die besagten, dass sämtliche Postfilialen (also diejenigen in der Größenordnung „Innerer Ring“) bis spätestens Ende 2011 als selbst durch die Post betriebene Standorte aufgegeben und in Räumlichkeiten sonst ansässiger Unternehmen und durch diese betrieben integriert werden soll. Das würde bedeuten, dass zum Beispiel auch die Schließfächer in wahrscheinlich neue Räumlichkeiten umziehen müssten. Das werde laut dem Unternehmensvertreter in enger Kommunikation mit den neuen Betreibern, den beteiligten Sozialpartnern und nicht zuletzt den beteiligten Kommunen organisiert. Sollte sich zum Beispiel für einen bestimmten Standort über das Jahr 2011 hinaus kein geeigneter Ausweichbetrieb finden, bleibt bis auf weiteres alles beim Alten. Die Post hat versprochen, uns unverzüglich zu unterrichten, sobald entsprechende Planungen und Organisationen für Bruchköbel anstehen, dies sei bislang nicht der Fall. Auch hierbei handle es sich um autonome, auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhende Entscheidungen der Post. Der Unternehmensvertreter hat auch eindringlich darauf hingewiesen, dass nicht unbedingt Serviceleistungen der Postbank weiterhin im Rahmen einer fremd betriebenen Postfiliale angeboten würden, schließlich sei die Postbank mittlerweile Teil der Deutschen Bank und damit auch für die Post ein Vertragspartner wie alle anderen.

Der Stadtverordnete Rechholz trägt die Fragen für die BBB Fraktion vor:

1. Am Mittwoch, dem 23.09.2009, gegen 15:00 Uhr kam es im städtischen Parkhaus Bruchköbels zur Brandstiftung am Textilverdeck eines geparkten Opel Astra Cabrio einer Bruchköbeler Mitbürgerin. Welche Erkenntnisse über die Tathintergründe liegen dem Magistrat vor? Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die Sicherheit im städtischen Parkhaus zur Tageszeit zu erhöhen? Wird der Freiwillige Polizeidienst hier verstärkt eingesetzt?
2. Nach den Erläuterungen zur Seite 241, Position 13 des Haushaltsentwurfs für 2010 hat die Stadt Bruchköbel im Jahr 2010 eine Ausgleichsabgabe nach SGB IX zu zahlen, weil nicht ausreichend schwerbehinderte Menschen in der Verwaltung beschäftigt werden. In den vergangenen Jahren wurde immer darauf geachtet, dass die Stadtverwaltung in ausreichendem Umfang, die regelmäßig sogar über das vorgeschriebene Maß hinaus ging, schwer behinderte Menschen beschäftigt. Wie ist die diesbezügliche Situation? Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wird angefragt, wie der Magistrat beabsichtigt, diesen Zustand kurzfristig zu reparieren?
3. In der Stadtverordnetensitzung vom 17.9.2009 (TOP 30) hatte die BBB Fraktion ihre Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass für die Umplanung einer kleinen Grünfläche in einen Spielplatz ein externes Planungsbüro beauftragt worden war. Weiter war angefragt worden, welche Kosten hierdurch entstanden sind. Die Frage konnte in der Sitzung nicht beantwortet werden.
4. Es wird gebeten, den aktuellen Planungsstand für die gesamte Konversionsfläche darzulegen.
5. Im Zuge der Erschließung des neuen Gewerbegebiet Lohfeld war seitens des Magistrats eine bauliche Umgestaltung der betroffenen Ampelkreuzungen, insbesondere des neuralgischen Punktes am Viadukt, nach den Gesprächen mit dem ASV in Aussicht gestellt worden. Was haben diese Gespräche ergeben; Was wird wann zur Umsetzung kommen? Welche Kosten werden hierbei für die Stadt entstehen?

Der Bürgermeister kommt zunächst auf den Brandvorfall zu sprechen, es liegen der Verwaltung keine tieferen Erkenntnisse, insbesondere kein Polizeibericht oder ähnliches vor. Möglicherweise wurde der Brand unbeabsichtigt durch einen weggeworfenen Zigarettenstummel entfacht. Der Freiwillige Polizeidienst –genau wie die mittlerweile 2,5 städtischen Kräfte– werden seit einiger Zeit verstärkt im Parkdeck eingesetzt, das ist in der dunklen Jahreszeit bislang immer so geschehen.

Hinsichtlich der Ausgleichszahlungen nach SGB IX erklärte der Bürgermeister, dass diese vorsorglich aufgenommen wurden, da im Rahmen der Mitarbeiterfluktuation eine Unterbesetzung mit Schwerbehinderten möglich sei. Dies müsse nicht so eintreffen.

Hinsichtlich der Konversion des Fliegerhorstes erklärt der Bürgermeister, dass hier derzeit mehrere Varianten im Gespräch sein, so zum Beispiel die Ansiedlung eines Sportartikel Händlers, eines Logistikunternehmens, aber auch eines Themenparks.

Der erste Stadtrat erklärt hinsichtlich der Planungskosten für den Spielplatz, dass es sich um 3.181 € handle. Sämtliche Planunterlagen, insbesondere in der digitalisierten Form seien bereits vorhanden gewesen, so dass allein die Aufnahme dieser Daten bei einem anderen Unternehmen teurer gekommen wären. Die technischen Mittel, um solcherlei Arbeiten im Hause selbst auszuführen, seien nicht vorhanden.

Hinsichtlich des Viadukts erklärte erste Stadtrat, dass das ASV dem Grunde nach keine Einwendungen gegen die Errichtung sämtlicher drei Kreisverkehre habe, die gesamten Baukosten könnten sich auf rund 750.000 € belaufen. Bis zu 75 % davon seien förderfähig, bis auf einen kleinen Teil der einer Gemeindestraße zuzurechnen wäre. Die notwendigen Mittel seien derzeit nicht im Haushalt abgebildet, dies werde über den nächsten Haushalt geschehen. Im übrigen werde die Maßnahme über das Gewerbegebiet Lohfeld gesondert abgerechnet.

Für die FDP-Fraktion stellt der Stadtverordnete Hartung folgende Frage:

1. In der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Februar des Jahres wurde unter TOP 6 und 30 (DS 17/2009) dem Antrag der FDP-Fraktion zur interkommunalen Zusammenarbeit von der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung erteilt. Das Ergebnis der Untersuchung sollte dem Gremium gemäß Antrag als Zwischenbericht bis Mitte 2009 vorgelegt werden. Wieweit sind die Arbeiten gediehen? Gibt es ein Zwischenbericht?

Der Erste Stadtrat berichtet, dass im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzepts Vorschläge zur Kosteneinsparung vorgelegt werden. Zwischenzeitlich sei eine solche Zusammenarbeit schon mit dem Feldwegeverband Vogelsberg in Durchführung.

Der Stadtverordnete Jesse stellt für die FDP-Fraktion folgende weitere Fragen:

2. In der gleichen Sitzung am 10. Februar wurde unter TOP 37 (DS 18/2009), Satzung zur Vereinsförderung, dem Antrag der FDP-Fraktion zugestimmt. Hierin wird die Verwaltung aufgefordert jährlich einen Bericht vorzulegen indem die den einzelnen Vereinen gewährte Förderung transparent dargestellt wird. Ist ein Bericht erarbeitet und man kann diese eingesehen werden?

3. Im Zuge der Projektentwicklung Fliegerhorst Erlensee wird wiederholt von der Bildung eines Zweckverbandes zwischen den Gemeinden Erlensee und Bruchköbel gesprochen. In dem Bericht des Hanauer Anzeigers letzte Woche wurde hierzu der Bürgermeister von Erlensee zitiert. Gibt es außer Absichtserklärung bereits konkrete Vertragsentwürfe zum Beispiel Vorverträge? Wenn nein, warum sind die Präliminarien bisher nicht geregelt? Ist vorgesehen die Stadt Hanau mit zu beteiligen?

Der Bürgermeister berichtet hinsichtlich der Vereinsförderung, dass die Satzung derzeit entworfen werde. Für insgesamt über 150 Vereine eine faire Regelung zu treffen sei aufwändig. Ein Bericht hinsichtlich der Förderung für das laufende Jahr könne erst am Ende des Jahres abgegeben werden.

Hinsichtlich der Konversion des Fliegerhorstes erklärt der Bürgermeister, dass hier vorbereitende Gespräche laufen, insbesondere sei ein einer allgemeiner Kosten- und Ertragsverteilung von ein Drittel zu zwei Dritteln gedacht. Eine engere Beteiligung der Stadt Hanau sei bei den geringen Flächenanteilen nicht geplant, allenfalls eine nachrichtliche Beteiligung.

TOP 10	DS 112/2009	Bebauungsplan "Bahnhof Bruchköbel" Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB Entwurfs- und Offenlagebeschluss
--------	-------------	---

Die Tagesordnungspunkte 6 und 10 werden gemeinsam verhandelt.

Der Stadtverordnete v.Wittich spricht im Sinne des Antrags. Der erste Stadtrat spricht gegen den Stadtverordneten v.Wittich, Gutachten könnten allgemein erst aufgrund einer Offenlage, die erst beschlossen werden muss, erstellt werden. Im Übrigen existieren die Gutachten beziehungsweise die Verkehrszählung jedenfalls teilweise schon. Die Forderung sei auch technisch zu weit führend, die Planungsbüros werden aber selbstverständlich Auswirkungen für die unmittelbar umliegenden Straßen im Auge behalten. Weitere Kooperationsverträge insbesondere mit der Deutschen Bahn dürfen mit einer neuen Leistungsphase im Bauprojekt erwartet werden, derzeit wende man sich mit dem heutigen Beschluss der Leistungsphase drei zu. Sobald Baurecht geschaffen werde, werde es auch einen neuen Kooperationsvertrag geben. Das war und ist Konsens sämtliche Beteiligten -insbesondere der Deutschen Bahn- von Anfang an. Der Flächenerwerb sei schon in der Phase des Herausmessens der Flächen, die Beurkundungen werde noch dieses Jahr erfolgen. Hinsichtlich der Flächen der Deutschen Bahn sei nach aktueller Information der Pachtvertrag schon auf den Postweg. Im Übrigen dürften die Fahrgastzahlen die Deutsche Bahn natürlich interessieren, die Stadt jedenfalls investiere von vorneherein in einem guten Bahnanschluss. Ob dies auch mehr Fahrgäste bedeute, könne nicht mit Sicherheit gesagt werden. Der erste Stadtrat regt an, die im SPD-Antrag formulierten Forderungen im weiteren Verfahren mit zu berücksichtigen. Heute gehe es darum, die Offenlage als Basis weiteren Handelns zu beschließen.

Der Stadtverordnete Jesse spricht im Sinne des Antrags der SPD-Fraktion und stellt einen Ergänzungsantrag: "Zu der Auflistung der angeforderten Informationen wird ergänzend gefordert, dass die Verwaltung den Umfang und die verbundenen Auflagen der zweckgebundenen Mittel für den Ausbau der beiden Maßnahmen an Brücke Roßdorfer-Straße und Kreisverkehr Bahnhofstraße darlegt." Hierbei sei nicht nur der Anteil bei der der Höhenstraße interessant, sondern auch die konkreten Entwicklungen des Bahnhofs und die Haltung der Deutschen Bahn sei nicht bekannt.

Der Stadtverordnete Keim bekundet, dass sämtliche hier angesprochenen Punkte im Bebauungsplanverfahren behandelt werden. Der Zustand der Höhenstraße sei am problematischsten, hier müsse dringend etwas geschehen. Dort sei die Priorität zu sehen, eine Verbesserung hinsichtlich des Personennahverkehrs sei hinsichtlich der zu erwartenden Fördergelder natürlich auch nicht zu vernachlässigen.

Der Stadtverordnete Haas bekundet, dass wesentliche Forderungen des BBB schon in diesem Verfahrensstadium verwirklicht seien, so sei ein Parkdeck schon nicht mehr in Planung. Der Stadtverordnete Wenzel spricht im Sinne des Ersten Stadtrats. Der Stadtverordnete v.Wittich geht davon aus, dass es keine Verbesserungen hinsichtlich des ÖPNV gebe, im Übrigen spricht er gegen die Stadtverordnete Keim und Haas. Der Stadtverordnete Wenzel geht davon aus, dass auch die Deutsche Bahn, wenn schon im Moment keine Mittel in deren Haushalt zur Verfügung stehen, dies jedenfalls in den nächsten fünf Jahren auf einen neuen Kooperationsvertrag hin tun werden.

Der Stadtverordnete Piscitello verlässt um 21:28 Uhr die Sitzung, damit sind 31 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, den Antrag beziehungsweise den Ergänzungsantrag von SPD und FDP gemeinsam abzustimmen, dagegen regt sich kein Widerspruch.

Beschluss zum Antrag der SPD und den Ergänzungsantrag der FDP: bei 11 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss zur Drucksache 112/2009 bei 20 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

1. Planziel des Bebauungsplanes „Bahnhof Bruchköbel“, ist die Schaffung von Baurecht für die Neuordnung und Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes sowie der Neuanlage und Umstrukturierung der Verkehrsführung.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplans dient der infrastrukturellen Verbesserung einer bestehenden Nutzung und erfolgt im beschleunigten Verfahren nach §13a des Baugesetzbuches. Daher wird auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB verzichtet. Es erfolgt keine formale Umweltprüfung.
3. Die Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 BauGB sind einzuleiten.

TOP 6a	DS 303/2009	Antrag BBB-Fraktion: Förderung fairen Handels - Kampagne "Fairtrade-Towns"
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Rechholz spricht im Sinne des Antrags.

Der Stadtverordnete Piscitello betritt um 21:31 Uhr wieder den Saal, damit sind 32 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Der Stadtverordnete Keim stellt folgenden Änderungsantrag und spricht in diesem Sinne: "Der Magistrat wird gebeten, die Bruchköbeler Bürger/Innen durch das Stadt-Info zu informieren, dass die Gründung einer Steuerungsgruppe aus Vertretern der städtischen Verwaltung, (Einzel-) Handels (zum Beispiel ein Vertreter eines Weltladens), Kirchen, Medien, Schulen und Vereinen unterstützt wird. Ein erstes Treffen soll mit Unterstützung durch Transfair organisiert werden. Hierzu soll ein Referent eingeladen werden, der über Fairtrade, Transfair und Fairtrade-Towns berichtet."

Die Sitzung wird von 21:40 Uhr bis 21:47 Uhr unterbrochen, der Stadtverordnetenvorsteher stellt mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete v.Wittich bekundet, dass er einen ursprünglich geplanten Änderungsantrag nicht stellen werde da er dem der CDU sehr ähnlich sei. Er bittet allerdings um folgende Ergänzung: "die Stadt versucht künftig bei Sitzungen, Empfängen etc. möglichst Fairtrade Produkte zu verwenden."

Der Stadtverordnete Rechholz spricht im Sinne des Ursprungsantrags, des CDU Antrags und der Ergänzung, ebenso der Stadtverordnete Wenzel. Der Stadtverordnete Haas bittet zu betonen, dass in der Verwaltung "nach Möglichkeit" Fairtrade-Produkte eingesetzt werden sollen. Der Stadtverordnete v.Wittich meint, dass die Verwaltung diesbezüglich frei in der Interpretation sei. Der Stadtverordnete Jesse bekundet, dass die Absichtserklärung aus dem CDU-Antrag ausreichend sei und die Verwaltung mit Aufträgen nicht weiter überfrachtet werden soll. Der Stadtverordnete Rechholz ist der Meinung, dass der Mehraufwand für die Verwaltung gering sei. Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, den Änderungsantrag mit seiner Ergänzung gegenüber dem Ursprungsantrag getrennt abzustimmen, dagegen regt sich kein Widerspruch. Beschluss zum Änderungsantrag und der Ergänzung der SPD mit der Einschränkung auf möglichst: bei 24 Ja-Stimmen und acht Enthaltungen beschlossen. Beschluss zum Ursprungsantrag: bei 11 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

"Der Magistrat wird gebeten, die Bruchköbeler Bürger/Innen durch das Stadt-Info zu informieren, dass die Gründung einer Steuerungsgruppe aus Vertretern der städtischen Verwaltung, (Einzel-) Handels (zum Beispiel ein Vertreter eines Weltladens), Kirchen, Medien, Schulen und Vereinen unterstützt wird. Ein erstes Treffen soll mit Unterstützung durch Transfair organisiert werden. Hierzu soll ein Referent eingeladen werden, der über Fairtrade, Transfair und Fairtrade-Towns

berichtet. Die Stadt versucht künftig bei Sitzungen, Empfängen etc. möglichst Fairtrade Produkte zu verwenden."

TOP 7	DS 296/2009	Bildung einer Kommission für Friedhofsangelegenheiten - Wahl der Mitglieder
-------	-------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

In die vom Magistrat gebildete Kommission für Friedhofsangelegenheiten werden fünf Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie 17 sachkundige Bürgerinnen und Bürger berufen:

Der Gemeinsame Wahlvorschlag für die Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung lautet:

Von der CDU-Fraktion:	Herr Thomas Demuth
Von der SPD-Fraktion:	Frau Barbara Reichelt
Von der BBB-Fraktion:	Herr Heinz Herold
Von der FDP-Fraktion:	Herr Gerd Jürgen Jesse
Von der Fraktion B90/Gr.:	Herr Thomas Stöppler

Der gemeinsame Wahlvorschlag für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger lautet:

Vom Geschichtsverein:	Herr Horst Nünke
Vom VdK Bruchköbel:	Frau Christl Maiwald
Von der Kath. Kirche Erlöser der Welt:	Herr Pfarrer Heribert Jünemann
Von der Kath. Kirche St. Familia:	Herr Pfarrer Walter Götz
Von der ev. Kirche Nieder- und Oberissigheim:	Herr Hans-Walter Schäfer
Von der ev. Kirche Roßdorf:	Frau Pfarrerin Christine Binder
	Frau Esther Schäfer
Von der ev. Kirche Bruchköbel:	Herr Pfarrer Jürgen Mankel
Von der CDU-Fraktion:	Herr Matthias Möller
	Herr Daniel Itt
	Herr Bruno E. Leibold
Von der SPD-Fraktion:	Frau Rosemarie Wenzel
	Frau Monika Köhler
Von der BBB-Fraktion:	Frau Stefanie Zorbach
	Herr Manfred Jung
Von der FDP-Fraktion:	Frau Heidi Himmler
Von der Fraktion B90/Gr.:	Herr Wieland Maiwald

TOP 8	DS 267/2009	Entlastung des Magistrates für die Jahresrechnung 2007
-------	-------------	--

Der Stadtverordnete Roepenack bekundet, dass die FDP sich hier enthalten werde, da der entsprechende Haushalt noch vom Alt-Bürgermeister verantwortet worden sei und damals schon keine Zustimmung gegeben wurde. Der Stadtverordnete Keim spricht gegen den Stadtverordneten Roepenack.

Beschluss: bei 21 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Die vom Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wird anerkannt und dem Magistrat gem. §§ 51 und 114 HGO Entlastung erteilt.

TOP 9	DS 119/2009	Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes; Sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen; Vorschläge zur Beantragung der Infrastrukturinvestitionen für die Stadt Bruchköbel;
-------	-------------	---

Der Bürgermeister berichtet zur Situation um den Neubau der Sporthalle an der Schule Nord. Die Submission werde am 18. November eröffnet, einige Tage später sei mit Ergebnissen hinsichtlich eventueller Mehrkosten zu rechnen. Erst dann könne entschieden werden, ob und wenn ja wie viel Geld mehr ausgegeben werden soll, oder ob für den Ursprungsbetrag eine kleinere Hallenlösung favorisiert wird. Freilich will der Main-Kinzig-Kreis bereits am 15. Dezember im Laufe des Tages die Aufträge vergeben, so dass ein Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung am Abend dieses Tages zu spät käme. Er regt dabei an, die Sache zur endgültigen Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Dieser tagt am 01.12.2009. Der Stadtverordnete Keim stellt entsprechenden Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt und Finanzausschuss zur endgültigen Beschlussfassung.
Beschluss zur Verweisung: einstimmig in den Haupt und Finanzausschuss zur endgültigen Beschlussfassung verwiesen.

TOP 11	DS 282/2009	Verkauf von Baugrundstücken "Am Kuhweg", Gemarkung Oberissigheim, 2
--------	-------------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:15 Uhr.

(Thomas Demuth)
Vorsitzender



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer